

Antrag an das Studierendenparlament, eingebracht von „Wendepunkt – Sozialisten und weitere Aktive“:

Für eine aufgeklärte und weltoffene Universität im Dienst des Menschen - die Universität für Geflüchtete öffnen, Gebühren für ausländische Studierende abschaffen!

»Wir haben die Lande gemessen, die Naturkräfte gewogen, die Mittel der Industrie berechnet, und siehe, wir haben herausgefunden, dass diese Erde groß genug ist; dass sie jedem hinlänglichen Raum bietet, die Hütte seines Glücks darauf zu bauen; dass diese Erde uns alle anständig genug ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des andren leben will; und dass wir nicht nötig haben, die ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen.« Heinrich Heine, Die romantische Schule, Drittes Buch, 1835.

Als Konsequenz aus zwei Weltkriegen haben die Vereinten Nationen schon 1945 mit der UN-Charta die Schlussfolgerung gezogen, im „*Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit (...) den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern*“, um die Menschheit von der Geißel des Krieges zu befreien. Diese Aufgabe ist heute drängend gestellt: Die Menschheit ist mit einer zivilisatorischen Krise konfrontiert, die auch aus den Hochschulen human beantwortet werden kann und muss. Obwohl alle Menschen auf dieser Erde gut leben könnten, fliehen über 60 Millionen Menschen vor Krieg und Hunger. Etliche sterben auf der Flucht, auch aufgrund der mörderischen Abschottungspolitik der Europäischen Union. Hierzulande sind sie mit menschenunwürdiger Verwahrung und häufig mit der Drohung der Abschiebung konfrontiert.

Alle, gerade die Hochschulen als Orte aufgeklärter Rationalität im Dienst des Menschen, sind gefordert, für die Realisierung der Würde aller Menschen zu wirken: Für Aufklärung über Fluchtursachen, für Entspannungspolitik, die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Verwirklichung der sozialen, kulturellen und politischen Rechte weltweit.

Konsequenzen:

- Das Studierendenparlament spricht sich entschieden für das Recht auf Asyl, gegen Abschottung und Abschiebung aus, für eine Öffnung der Grenzen für Geflüchtete und ihre Schließung für Waffen. Es ergreift Partei gegen jede menschenverachtende Ideologie und Praxis, gegen jede Behauptung der Ungleichwertigkeit des Menschen, für Weltoffenheit und Völkerverständigung.

- Die Universität, die in ihrer Grundordnung neu verankert hat, im Bewusstsein ihrer Geschichte Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie zu befördern, hat die Aufgabe, Fluchtursachen und Friedensvoraussetzungen zu erforschen. Dafür muss allen ermöglicht werden, sich kritisch wissenschaftlich zu bilden und mit- und voneinander zu lernen.

- Das Studierendenparlament setzt sich daher für die soziale Öffnung der Hochschule für alle ein, auch für Geflüchtete. Es bekräftigt die Forderung nach einer sozialen Ermöglichung wissenschaftlicher Bildung und der umfassenden Durchsetzung der Gebührenfreiheit der Bildung, damit alle als mündige Subjekte für eine humane und friedliche Welt wirken können. Studiengebühren für ausländische Studierende, wie sie an der Universität Köln bestehen, sind eine unzeitgemäße, diskriminierende Maßnahme, die sowohl das Recht auf Bildung als auch interkulturelle Verständigung einschränken. Gerade der Spracherwerb ist eine Grundvoraussetzung für Bildung und für gesellschaftliche Partizipation. Konkret

bedeutet dies, dass die Deutschkurse an der Universität massiv ausgeweitet und gebührenfrei gemacht werden sollen.

- Dieser Beschluss wird in der Zeitung des AStAs veröffentlicht und an den Senat verschickt, mit der Aufforderung, die Abschaffung der Studiengebühren für Deutschkurse und ihre Ausweitung für Geflüchtete sowie die soziale Öffnung der Universität für alle auf die Tagesordnung zu nehmen und zu realisieren.